



Dialogrunde „ZUGANG ZU WOHNRAUM; MOBILITÄT UND GESUNDHEIT“

Zentrale Aussagen

ZUGANG ZU WOHNRAUM

Es braucht mehr Wohnraum.

Die Probleme, mit denen sich Menschen mit Migrationsgeschichte bei der Wohnungssuche konfrontiert sehen, hängen mit der gesamten Wohnraumsituation zusammen. Knapper Wohnraum begrenzt die Zugänge. Die Teilnehmer plädierten deshalb für mehr bezahlbaren Wohnraum im Allgemeinen. In anderen Kommunen werden z. B. Leerstandsbeauftragte eingesetzt, um ungenutzten bzw. freistehenden Wohnraum ausfindig zu machen.

Der Wohnraum, der jetzt den ukrainischen Geflüchteten geboten wird, muss zukünftig auch für andere Geflüchtete nachhaltig zugänglich gemacht werden.

Das Angebot an Wohnraum, das seit dem Eintreffen der ukrainischen Geflüchteten entstanden ist, steht in einem großen Gegensatz zu dem vermeintlichen jahrelangen Wohnungsmangel, mit dem sich andere Gruppen von Geflüchteten konfrontiert sahen. Dieses aktuelle Wohnraumangebot gilt es nun auch für die anderen Gruppen von Geflüchteten zugänglich zu machen, die seit langem auf Wohnraum warten.

Migranten und Migrantinnen werden bei der Wohnungssuche aufgrund von Ängsten und Vorurteilen benachteiligt.

In der Diskussion hat sich herausgestellt, dass eine stärkere Repräsentation von Migranten und Migrantinnen in öffentlichkeitswirksamen Schlüsselpositionen notwendig ist. Diese führt dazu, dass die Vorurteile, Ängste und Barrieren verringert werden, die es für bestimmte Gruppen an Migranten und Migrantinnen und Geflüchteten schwerer macht, Wohnraum zu finden. Dies gilt jedoch nicht nur für das Wohnraumproblem. Die grundsätzliche interkulturelle Öffnung der Gesellschaft kann durch Migranten und Migrantinnen in öffentlichkeitswirksamen Schlüsselpositionen vorangetrieben werden.

Gemeinschaftsunterkünfte eignen sich nicht zum Lernen.

Viele der Teilnehmenden haben in den letzten zwei Jahren die Rückmeldungen erhalten, dass Gemeinschaftsunterkünfte nicht die Voraussetzungen für erfolgreiches Lernen erfüllen. Das Homeschooling hat dieses Problem sehr deutlich zu Tage gebracht. Hier gilt es auch zukünftig stark mit Vereinen, Pfarreien, Schulen und Jugendzentren zu kooperieren, um alternative Lernorte zu schaffen.



Es braucht mehr Gemeinschaftsunterkünfte bzw. Gemeinschaftswohnraum für zugewanderte Menschen in Ausbildung.

Den Teilnehmenden war es ein Anliegen, dass Zugewanderte, die in Ausbildung sind, die Möglichkeit haben, kostengünstig Wohnraum zu bekommen und das am besten in Verbindung mit sozialer Betreuung. Diese Aussage wurde vor allem in Bezug auf die ukrainischen Geflüchteten getroffen.

Geflüchtete stehen auf dem Wohnungsmarkt vor erheblichen Schwierigkeiten.

Geflüchtete, die die Gemeinschaftsunterkunft verlassen müssen (z. B. weil sie 18 geworden sind), haben erhebliche Probleme, Wohnraum zu finden. Ohne Job, Erspartes und jemanden, der für einen bürgt, ist es so gut wie unmöglich, eine Wohnung zu bekommen. Diesen Personen könnte geholfen werden, in dem der Staat, Stiftungen oder Vereine die Bürgschaft für die Wohnungen übernehmen.

Es braucht mehr Freiwilligenzentren – Ehrenamt braucht Koordination und Pflege.

In Bezug auf das erfolgreiche Freiwilligenzentrum in Gablingen wurde von einigen Teilnehmenden darauf hingewiesen, wie wichtig das Ehrenamt bei der Arbeit mit Migranten und Migrantinnen ist. Der Bedarf an Stellen, die das Ehrenamt koordinieren und pflegen, ist sehr hoch. Dies gilt besonders für die Koordination in den Gemeinden, Märkten und Städten vor Ort. Ehrenamtskoordinationsstellen auf Landkreisebene sind ebenfalls wichtig und ergänzen die Arbeit vor Ort.

Ein Flächenlandkreis braucht einen stetigen Informationsfluss.

In einem Flächenlandkreis ist ein stetiger und breiter Informationsfluss von erheblicher Bedeutung. Dafür braucht es eine funktionierende Netzwerkarbeit, die sowohl digital als auch analog stattfindet. So können z. B. Wohnraum und Arbeitsplätze besser vermittelt werden.



MOBILITÄT

Fahrpläne des öffentlichen Nahverkehrs im Landkreis und ihre Darstellung auf Webseiten sind zu komplex.

Die Teilnehmenden waren sich darin einig, dass Mobilität eine Grundvoraussetzung für die Teilnahme am öffentlichen Leben in einer Kommune ist. Deshalb ist es umso wichtiger, dass der öffentliche Nahverkehr so gestaltet wird, dass er auch von Menschen verstanden werden kann, die nicht oder nicht gut Deutsch sprechen können oder Schwierigkeiten dabei haben, komplexe Systeme zu verstehen. Dasselbe gilt für die Tarifstruktur und die Darstellung der Fahrpläne an Haltestellen und im Internet. Auf Internetportalen, auf denen Fahrtauskünfte gegeben werden, sollten nicht nur die Zeiten und Linien angegeben werden, sondern auch die Anzahl an Zonen, die gestempelt werden müssen.

Der öffentliche Nahverkehr muss besser strukturiert und bezahlbarer (wenn nicht sogar kostenlos) werden.

Die Teilnehmenden betonten, dass der öffentliche Nahverkehr günstiger werden muss, wenn nicht sogar kostenlos. In einem Flächenlandkreis ist Mobilität von besonderer Bedeutung und sollte so vielen Menschen wie möglich zur Verfügung stehen. Deswegen sollten auch alternative Fahrangebote beworben, angeboten und entwickelt werden. Beispielsweise Fahrdienste, Shuttels und Car-Sharing. Für mögliche Konzepte sollte der Austausch mit Kommunen gesucht werden, die bei diesen Themen andere Ansätze verfolgen als der Landkreis.

Mobilität hängt eng mit den Themen Wohnraum und Beruf & Arbeit zusammen.

Für die Teilnehmenden war es wichtig, noch einmal hervorzuheben, dass sich die Mobilität sehr stark auf andere Bereiche auswirkt. Dabei kann sie limitierend oder unterstützend wirken.



GESUNDHEIT

Es besteht ein großer Bedarf an Dolmetschern und Dolmetscherinnen für Arztbesuche. Der von den Teilnehmenden aufgebrachte Bedarf an Dolmetschern und Dolmetscherinnen für Arztbesuche wurde im Verlauf der Diskussion auf alle Bereiche ausgeweitet, in denen fehlende Deutschkenntnisse zum Problem werden können.

Geflüchteten mit migrationsbedingten psychosozialen Störungen muss besser geholfen werden.

Die Tatsache, dass Geflüchtete mit migrationsbedingten psychosozialen Störungen nur schwer Hilfe bekommen, beruht darauf, dass es bereits für hiesige Bevölkerung nicht genügend Kassenplätze, Therapeuten und Psychologen gibt. Des Weiteren gibt es zu wenig Aufklärungs- und Informationsarbeit bezüglich Traumata. Um diesen Bedarf zu decken; bedarf es niedrigschwelliger Beratungsangebote, mehr Fachkräfte und eventuell des Ausbaus des Trauma-Netzwerks.